

## 8. Regierungsbeteiligung an Kommissionssitzungen

Parlamentarische Initiative Janine Vannaz (Die Mitte, Aesch), Markus Späth (SP, Feuerthalen), Dieter Kläy (FDP, Winterthur) vom 11. April 2022  
KR-Nr. 120/2022

### *Ordnungsantrag*

*Hans-Peter Amrein (parteilos, Küsnacht):* Ich stelle den Ordnungsantrag auf freie Debatte.

Als parteiloser Vertreter in diesem Rat möchte ich meine Wähler auch vertreten können, und das kann ich nicht in dieser Sache, weil ich in der reduzierten Debatte kein Rederecht habe. Altfranzösisch «Parlement» kommt von «parler», reden. Wir sind repräsentativ gewählte Vertreter in diesem Rat und sollten deshalb auch das Rederecht haben – und nicht nur einzelne Fraktionen. Ich danke Ihnen für die Zustimmung.

*Ratspräsidentin Esther Guyer:* Hans-Peter Amrein verlangt freie Debatte. Für die Annahme dieses Ordnungsantrags braucht es 60 Stimmen.

### *Abstimmung über den Ordnungsantrag*

**Für den Antrag von Hans-Peter Amrein stimmen 72 Ratsmitglieder.** Damit ist das Quorum von 60 Stimmen erreicht worden. Die parlamentarische Initiative wird in freier Debatte behandelt.

*Janine Vannaz (Die Mitte, Aesch):* Die Kommissionssitzungen des Kantonsrates finden in der Regel in Anwesenheit eines Mitglieds der Regierung und/oder der Verwaltung statt. Dies wird von den Mitgliedern der Kommission sehr geschätzt. So fließen Informationen aus erster Hand, und allfällige Unklarheiten können im direkten Austausch sogleich bereinigt werden, ganz im Sinne des geflügelten Wortes «Vertrauen erweckt Vertrauen».

Nun kann es aber auch Situationen geben, in welchen es für die Kommissionsmitglieder wichtig sein kann, «entre nous» zu sein. Somit kann eine offene Meinungsbildung verstärkt werden. Sie kennen das: Man spricht vielleicht ein wenig freier, hinterfragt eventuell ein wenig kritischer. Die heutige Formulierung gibt aber der Regierung die grundsätzliche Möglichkeit, an jeder Sitzung teilzunehmen, und für die Kommission ist eine kritische Würdigung der Regierungstätigkeit somit erschwert.

Eine Sitzung ohne Regierungsratsbeteiligung wäre dann sicher die Ausnahme, sollte aber per Beschluss stattfinden können. Die Mitte bittet Sie um die vorläufige Unterstützung. Besten Dank.

*Dieter Kläy (FDP, Winterthur):* Die Gewaltenteilung im Kanton Zürich wird ja hochgehalten und das ist auch gut so. Der Sturm der Entrüstung wäre einem ge-

wiss, mischte man sich zum Beispiel als Kantonsrat in die Tätigkeiten der Gerichte ein. Das ist auch gut so, dass es so ist. Gewaltentrennung gibt es auch zwischen Exekutive und Legislative und auch diese wird hochgehalten bei uns. Mischten wir uns beispielsweise in die Personalpolitik ein, wäre das auch nicht gut.

Diese hochgehaltene Gewaltentrennung, die die FDP natürlich unterstützt, kann aber im Detail noch verfeinert werden, und darum geht es in diesem Vorstoss. Verabschiedet der Regierungsrat eine Vorlage und wird diese von der Geschäftsleitung des Kantonsrates einer Kommission zugewiesen, so hat die Kommission die Beratungshoheit. Der Regierungsrat wird zur Präsentation eingeladen, und dann beginnen die materiellen Beratungen; nichts ist gewöhnlicher als das. Wie von meiner Vorrednerin aber bereits erklärt, gibt es Situationen, in denen die Kommissionen unter sich beraten wollen, ohne Anwesenheit der Regierung und ohne Anwesenheit der Verwaltung. Und dieses Recht muss sich eine Kommission im Ausnahmefall nehmen können, darum geht es in dieser parlamentarischen Initiative.

Der Urheber (*gemeint ist Altkantonsrat Lorenz Schmid*), ein langjähriges erfahrenes Kommissionsmitglied, ist zum Schluss gekommen, dass diese gesetzliche Grundlage notwendig ist, und die FDP unterstützt diesen Vorstoss. Wir bitten Sie ebenfalls um vorläufige Unterstützung dieser parlamentarischen Initiative.

*Benno Scherrer (GLP, Uster):* Die Verfassung postuliert in Artikel 64: «Die Mitglieder des Regierungsrates haben in den Verhandlungen des Kantonsrates und seiner Kommissionen beratende Stimme und Antragsrecht». Diese Anwesenheit der Regierung sowie der Verwaltung in der Kommissionsberatung ist sinnvoll und liegt grundsätzlich im Interesse der Kommission und damit auch des Kantonsrates.

Dem Regierungsrat sind die beratende Stimme und das Antragsrecht in der Kommissionsdebatte in der Regel zu gewähren, aber dieser Grundsatz muss von zwei Seiten beleuchtet werden und ist nicht als absolut zu betrachten. Denn es gibt Situationen, in denen Kommissionssitzungen nur ohne Regierungsbeteiligung eine offene Meinungsfindung ermöglichen, auch wenn dann im Protokoll steht, was gesagt wurde. Dennoch soll die Kommission eine Sitzung oder einen Teil davon ohne Regierungsbeteiligung durchführen können. Und wenn Regierungsmitglieder oder die Verwaltung einmal nicht zur Verfügung stehen – und ich ergänze noch die Modalverben – können oder vielleicht auch wollen, dann sollen die Kommissionen ihre Beratungen fortsetzen können, autonom fortsetzen können. Die Grünliberalen werden die parlamentarische Initiative vorläufig unterstützen.

*Rosmarie Joss (SP, Dietikon):* Lorenz Schmid hat uns mit dieser PI ein Abschiedsgeschenk gemacht, und bei solchen Geschenken muss man sich doch die Frage stellen: Wie steht es eigentlich um die Beziehung zwischen Regierungsrat und Kantonsrat? Und ich glaube, den Beziehungsstatus kann man so zusammenfassen: Es kann manchmal auch etwas kompliziert sein. Wenn man sich überlegt,

in welcher Kommission der ursprüngliche Initiant tätig war und mit welchen Regierungsmitgliedern er teils die Ehre hatte sie zu verbringen, dann kann man sich schon vorstellen, dass es etwas kompliziert war. Wie reibungslos die Kommissionsarbeit letztendlich zwischen Regierung und Kantonsrat läuft, hängt doch auch häufig stark vom Regierungsmitglied ab. In der Regel funktioniert das supergut. Die Regierung und die Verwaltung versuchen zu kommen, wenn es irgendwie geht. Und wenn der Regierungsrat einmal nicht kann, dann ist es auch okay, wenn nur die Verwaltung da ist. Selbst wenn Kommissionen auf fragwürdige Ideen kommen und einen komischen Trieb haben, eine eigentlich gute Regierungsrats-Vorlage gerade richtig zu verstümmeln, habe ich doch erstaunlicherweise häufig erlebt, wie die Regierung und die Verwaltung versucht haben, konstruktiv mitzuarbeiten. Ich muss sagen: Dieses Verhalten ist die Regel.

Es gibt aber eben auch das Gegenteil. Es gibt halt auch Situationen, wo eine berichtigte Kritik an einer regierungsrätliche Vorlage das Regierungsmitglied an die Decke oder darüber hinaus treibt, wo die Beratung durch die Abwesenheit des Regierungsmitglieds torpediert wird oder eine übermässige Präsenz in der Diskussion den Austausch innerhalb der Kommission verunmöglicht. Vieles kann man mit Nebengesprächen am Montag lösen, aber nicht alles. Es gibt manche Diskussionen, die gehören eben offiziell in die Kommission und in deren Protokoll. Als ehemaliger Sachkommissionspräsidentin (*der Kommission für Energie, Verkehr und Umwelt*) ist mir bewusst: Die Kommission braucht die Anwesenheit der Regierungsmitglieder und der Verwaltung. Manchmal braucht die Kommission aber auch deren Abwesenheit. Man sollte der Kommission diese neue Spielvariante für die Beratung geben. Wir sind der Meinung, die Kommissionen werden sie weise einsetzen, die SP unterstützt entsprechend diese PI vorläufig. Danke.

*Jürg Sulser (SVP, Otelfingen):* Nach unserer Beurteilung wird mit dieser PI eine Problematik bewirtschaftet, die sich gar nicht stellt. Auch heute können Kommissionen ohne Beteiligungen von Regierungsräten oder Verwaltungsangestellten beraten und damit ihren Mitgliedern eine offene Meinungsfindung ermöglichen. Der geforderte explizite Ausschluss von Regierungsrat und Verwaltung bei Anhörungen, Hearings oder bei Gesetzesberatungen ist unseres Erachtens nicht zielführend, weil damit unterschiedliche Informationsstände geschaffen werden, was den Beratungsprozess von Parlament, Regierung und Verwaltung nur erschwert und qualitativ sicher nicht verbessert.

Auch betreffend Verzögerungen in den Kommissionsberatungen, weil stark beanspruchte Regierungsräte einmal nicht zur Verfügung stehen, sehen wir kein Problem, weil es ja jederzeit möglich ist, die Kader aus der Verwaltung zu entsenden. Die SVP wird diese PI vorläufig nicht unterstützen. Danke.

*Thomas Forrer (Grüne, Erlenbach):* Wir von den Grünen teilen die Ansicht der Initiantinnen und Initianten. Es ist tatsächlich so, dass es grundsätzlich in den Kommissionen auch die Möglichkeit geben sollte, Vorlagen ohne Beteiligung der Regierung zu beraten, manchmal auch ohne Beteiligung der Verwaltung. Das

kann zwei Gründe haben: Die Kommission möchte sich einfach mal untereinander politisch verständigen. Oder wenn das betreffende Regierungsmitglied über längere Zeit nicht in die Kommission kommen kann, sollte es auch möglich sein, dass die Kommission die Geschäfte vorantreibt.

Wir Grüne werden diese PI vorläufig unterstützen, aber in dem Sinne, dass wir uns grundsätzlich darüber geeinigt haben, dass es eigentlich keine Gesetzesänderung braucht. Wir möchten, dass dieses Thema jetzt einfach vertieft behandelt wird, dass auch mit der Regierung vertieft darüber gesprochen wird. Wir sehen aber nicht unbedingt, dass wir deshalb das Gesetz ändern müssen, sondern wir finden: Es gehört eigentlich dazu, dass man im besten Einvernehmen miteinander diese Frage klärt – Parlament, Regierung und eben auch Kommissionen –, dass es zur demokratischen Kultur gehört, dass wir da auch ohne Regelung jedes Details vorwärtskommen. Ich bin überzeugt, wir finden da eine einvernehmliche Lösung. Ich danke Ihnen.

*Hans-Peter Amrein (parteilos, Küsnacht):* Ich bin jetzt fast zwölf Jahre in diesem Rat und ich durfte – ich sage jetzt in Führungszeichen – «grossen» Kommissionspräsidenten dienen. Es waren Leute, von den ich wirklich etwas gelernt habe, sie waren mehrere Jahre vor mir und mehrere Jahre länger als ich im Rat. Und ich habe es nie erlebt, dass man einen Regierungsrat oder eine Regierungsrätin aussperren musste, was ja jetzt hier die Postulanten verlangen. Und wenn man so etwas ins Gesetz schreiben will, dann ist das ein Misstrauensvotum der Regierung gegenüber.

Ja, dann kommen Sie doch, geschätzte Postulantinnen und Postulanten, Dieter Kläy, ehemaliger Kantonsratspräsident, und Frau Vannaz hier nach vorn und sagen Sie, um wen es sich handelt. Denn ich muss Ihnen sagen, Dieter Kläy, ich bin in der GPK (*Geschäftsprüfungskommission*). Und in der GPK haben wir einen sehr guten Präsidenten, Beat Habegger. Und Präsident Habegger legt es genauso wie Präsident Hodel (*Altkantonsrat Daniel Hodel*) und, wie ich aus den Protokollen gelesen habe, vorher Präsident Zanetti (*Altkantonsrat und Altnationalrat Claudio Zanetti*) klar dar, dass wir, wenn wir unter uns sein wollen, das auch können, es gibt nämlich eine sogenannte Nachbesprechung. Aber es ist doch absoluter Anstand, Frau Joss und liebe SP und liebe GLP, die noch etwas neu und grün ist in diesem Rat, ich weiss es, dass man dem Regierungsrat das Wort erteilt zu einem Geschäft. Und was Sie hier machen wollen mit diesem Text, ist, dem Regierungsrat das Wort verbieten und die Stellung verbieten. Und so geht es nicht. Das letzte Wort hat der Kantonsrat, aber es geht doch nicht, dass man hier drin so ein Misstrauen ausspricht, wie Sie das heute Morgen machen. Und genau diese Leute, die immer von Ratseffizienz sprechen und mir das Wort nehmen bei Debatten, weil ich parteilos bin, kommen jetzt mit so etwas und wollen dem Regierungsrat das Wort nehmen und machen hier eine Monstersache aus wirklich nichts. Ja, Thomas Forrer, wir sind ja gleicher Meinung. Natürlich stimmt es. Dann komm nochmals nach vorne und dann widerlege ich es gern. Es ist immer schön, dir etwas zu widerlegen, ich habe ziemlich viel Gelegenheit dazu, zu beweisen, dass das, was du sagst, nicht immer stimmt. Danke.

*Markus Bischoff (AL, Zürich):* Vielleicht war ich die letzten 15 Jahre im falschen Film, aber ich habe jetzt nie gesehen, dass es in den letzten 15 Jahren irgendein Problem deswegen gab und dass man sich da nicht irgendwie verständigen und auch ungehindert diskutieren konnte. Also man sollte hier drin einfach nicht Beschäftigungstherapie betreiben und irgendwelche Vorschläge und PI mit Gesetzesänderungen für Probleme machen, die keine sind. Die AL wird diesen Vorstoss nicht unterstützen.

*Markus Schaaf (EVP, Zell):* Auch die EVP ist der Meinung, man sollte nicht Probleme lösen, die es gar nicht gibt. Viel wichtiger ist es, im Gespräch miteinander zu sein und zu bleiben, den Dialog zu pflegen. Vonseiten der Regierung geschieht das, es sollte auch vonseiten der Kommissionen so sein. Ich denke, mehrheitlich geschieht das ja auch. Wenn es einmal zu atmosphärischen Störungen zwischen diesen beiden Gremien kommt, dann ist es eben wichtig, dass man das auch anspricht und miteinander darüber redet und versucht eine Klärung herbeizuführen. Das bringt viel mehr, als sich hinter verschlossenen Türen irgendetwas auszudenken und das Herz auszuschütten.

Und wenn es dann wirklich nötig ist, einmal eine Sitzung oder Besprechung ohne Präsenz des Regierungsrates abzuhalten, mein Gott, dann macht man es. Also in der KSSG (*Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit*) und in der KPB (*Kommission für Planung und Bau*) haben wir das immer so gemacht. Und wenn es dann auch ganz dringend wäre oder ich weiss auch nicht was, dann trifft man sich hier während der Ratssitzung und steht schnell zusammen, kann sich absprechen. Also aus meiner Sicht wird hier wirklich eine Lösung konstruiert für ein Problem, das in der Realität schlicht nicht existent ist. Deshalb wird die EVP diese PI auch nicht unterstützen.

*Dieter Kläy (FDP, Winterthur) spricht zum zweiten Mal:* Ich gebe gerne Antwort auf die Frage von Hans-Peter Amrein: Es geht ja nicht um Namen, aber es geht darum, dass die Kritikerinnen und Kritiker vielleicht einmal Paragraf 85 Absatz 1 des Kantonsratsgesetzes lesen und studieren. Dort steht wortwörtlich: Der Regierungsrat ist berechtigt – ist berechtigt – und auf Aufforderung der Kommission sogar verpflichtet, und genau um diesen Punkt geht es. Der soll im Ausnahmefall relativiert werden können, wenn es notwendig ist. Und ich habe im ersten Votum gesagt, es gehe um die Hoheit. Wenn eine Vorlage überwiesen ist, dann ist sie in der Hoheit der Kommission, und das ist das Entscheidende. Es geht überhaupt nicht darum, dass man jetzt Misstrauen schürt gegenüber dem Regierungsrat.

*Valentin Landmann (SVP, Zürich):* Es hat zwei Seiten: Wir haben von Dieter Kläy von der Reinkultur der Gewaltentrennung gehört. Es ist aber so, dass diese gar nicht gross verletzt wird, weil ja die Entscheidung bei der Kommission beziehungsweise schlussendlich beim Kantonsrat ist. Es wird nicht dadurch aufgeweicht, dass ein Regierungsrat beratend in die Sitzung kommen kann.

Wenn man dieses Postulat denn in einen Gesetzestext umgiessen will, was ich persönlich nicht als notwendig ansehe, aber immerhin sehe ich die Argumente der Befürworter, so müsste es jedenfalls auch ergänzt werden in dem Sinne, dass man vor dem Kommissionssitzungsraum entsprechende Haken an der Wand anbringen sollte, um die Regierungsräte und -rätinnen, die nicht reindürfen, anleinen zu können – mit dem Schild «Ich darf leider nicht hinein». Ich danke euch fürs Zuhören.

*Hans-Peter Amrein (parteilos, Küssnacht) spricht zum zweiten Mal:* Ich danke dem Fraktionspräsidenten der AL für seine klaren Worte. Auf gut Schweizerdeutsch: «Muesch nur en grade Rügge ha», und dann funktioniert das auch. «Muesch en grade Rügge ha», das heisst: Wenn ich Gabi Petri sage, dass ich morgen Abend mit Jürg Sulser zu Abend esse, dann weiss ich auch nicht, ob sie kommen will. Und wenn sie sich einladen lässt, dann wird es sauglatt. Und genau da sind wir doch. Und die Nachbesprechung können wir nachher auch machen, und die Nachbesprechung machen wir nachher auch mit Jürg und mit Gabi und sie mit ihm. Und es wird nochmals sauglatt. Also ich denke wirklich, dass Sie hier etwas bewirtschaften, das Sie nicht bewirtschaften müssen. Und bitte begraben Sie diesen – ich erlaube mir das zu sagen – Stumpfsinn.

*Ratspräsidentin Esther Guyer:* Für die vorläufige Unterstützung einer parlamentarischen Initiative braucht es mindestens 60 Stimmen.

*Abstimmung*

**Für die vorläufige Unterstützung der parlamentarischen Initiative KR-Nr. 120/2022 stimmen 92 Ratsmitglieder.** Damit ist das Quorum von 60 Stimmen erreicht. Die Initiative ist vorläufig unterstützt.

*Ratspräsidentin Esther Guyer:* Die Geschäftsleitung wird die parlamentarische Initiative einer Kommission zu Bericht und Antrag zuweisen.

Das Geschäft ist für heute erledigt.